

Die Demokratie zeigt, dass sie lebt

VON HAGEN STRAUSS

Ketzerisch könnte man sagen: Die Ampelkoalition und die größte Oppositionsfraktion im Bundestag sind getrieben von der Angst vor der AfD. Davor, dass die Rechten parlamentarisch irgendwann einmal so stark werden, dass sie sich an die Veränderung rechtsstaatlicher Grundpfeiler heranmachen, insbesondere an das Bundesverfassungsgericht. An den Hüter des Grundgesetzes, die Instanz, die der Politik immer wieder mit ihren Urteilen die Leviten liest. Die auch die Parteien provoziert und politische Erdbeben auslösen kann. Das hat sich zuletzt beim Ampel-Haushalt gezeigt.

Dass die Koalition der verfassungsrechtlich Willigen der AfD jetzt einen Steilpass zuspiele, muss man aushalten. Die Rechten behaupten ja schon, Karlsruhe werde von den „Etablierten“ instrumentalisiert, um sie auszubooten. Was Unsinn ist. Wie aber Autokraten mit unabhängigen Institutionen umgehen, lässt sich in anderen europäischen Ländern gut beobachten – in Ungarn etwa oder bis vor Kurzem noch in Polen. In beiden Staaten ist die liberale Demokratie über Jahre hinweg massiv beeinträchtigt worden.

Solche Stoppschilder wie das vom Dienstag zur „Resilienz“ des Verfassungsgerichts sind daher richtig, weil die Demokratie ihren Gegnern zeigt, dass sie lebt und sich verteidigt. Mit dem Übertrag der einfachen Gesetzgebung zum Verfassungsgericht ins Grundgesetz ist ein tauglicher Weg gefunden worden. Dass die Wahl der Richter mit einer Zweidrittelmehrheit aber ausgeklammert worden ist, könnte die erhoffte Mechanik stören. Überdies belegt das Vorhaben, dass Ampelkoalition und Union auf schwierigem Terrain noch in der Lage sind, zum Wohle des Staates nach Lösungen zu suchen, und das vertrauensvoll. In anderen Ländern sind solche Kooperationen kaum mehr möglich, siehe USA. Davon ist Deutschland zum Glück noch ein gutes Stück entfernt.

Gegen Trump hilft nur Härte

VON THOMAS SPANG

Der schwarze Bürgerrechtler Al Sharpton hält aus seiner Erfahrung mit Donald Trump einen Rat für Kamala Harris bereit: Sie dürfe im Wettbewerb mit dem „Make America Great Again“-Populisten nicht auf einen ehrenwerten Zweikampf hoffen, sondern müsse sich für eine Schlamm Schlacht rüsten. Als Afroamerikaner und New Yorker weiß Sharpton, wovon er spricht. Die designierte Präsidentschaftskandidatin der Demokraten erhielt bereits einen Vorgeschmack, als Trump seine mutmaßliche Gegnerin im November mit den Worten „Dumm wie ein Stein“ bedachte. Harris weckt in dem Rassisten die schlimmsten Instinkte. Wie Barack Obama stammt sie aus einer multiethnischen Familie, und wie Hillary Clinton ist sie Feministin aus Überzeugung. Gewiss wird Trump versucht sein, das Drehbuch aus dem Wahlkampf 2016 gegen Hillary Clinton hervorzukramen. Es sieht Dauerfeuer mit sexistischen Attacken auf die Kandidatin vor, die vor persönlichen Beleidigungen nicht Halt machen. Schon jetzt betont Trump ihren Vornamen Kamala absichtlich falsch und verpasst ihr den abfälligen Spitznamen „Laughing Kamala“, denn ihr Lachen verrate, wie „verrückt“ sie sei.

So kam Trump im Wahlkampf 2016 durch. Ob die Masche noch einmal zieht, ist fraglich. Wenn ein verurteilter Straftäter, der Schweiegegelder an einen Pornostar bezahlt hat, so etwas sagt, könnte das auch auf ihn selbst zurückfallen – zumal sich vieles in der amerikanischen Gesellschaft seit 2016 verändert hat. Der blondierte Hetzer sieht mit seinen verbalen Tiefschlägen gegen eine Frau noch gestriger aus als ohnehin schon. Vor allem lässt sich Kamala Harris nichts gefallen. Dass sie austeilen kann, bewies sie beim ersten Besuch ihrer Wahlkampfzentrale als designierte Präsidentschaftskandidatin. Die ehemalige Chefanklägerin von Kalifornien weiß, wie mit Typen wie Trump umzugehen ist: hart zurückschlagen.



KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

ANALYSE Mehr Fortschritt hat die Bundesregierung versprochen. Doch was ist aus den vollmundigen Ankündigungen für Ökostrom, Häuser und Bahn geworden? Und ist der Kohleausstieg bis 2030 überhaupt noch machbar?

Die Ampel im Klima-Check

VON ANTJE HÖNING
UND JANA WOLF

Die Bundesregierung rühmt sich dafür, mit Versäumnissen ihrer Vorgänger aufzuräumen. Aber trifft das beim Klimaschutz zu? Gerade gab es eine neue Klatsche: Deutschland müsse sein Luftreinhalteprogramm nachbessern, urteilte das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg. Es entspreche nicht EU-Vorgaben. Es geht um die Belastung mit Feinstaub, Ammoniak, Schwefel- und Stickoxiden. Und wie sieht es in anderen Bereichen aus?

Wie steht es um den Ausbau der erneuerbaren Energien? Der Ausbau hat deutlich an Fahrt angenommen, was auf den Zuwachs bei Windenergie und Fotovoltaik zurückgeht. Im vergangenen Jahr kam mehr als die Hälfte des Stromverbrauchs (51,6 Prozent) aus erneuerbaren Quellen – 5,4 Prozent mehr als im Vorjahr. Experten halten es inzwischen für möglich, dass das Ziel eines Erneuerbaren-Anteils von 80 Prozent am Stromverbrauch bis 2030 prinzipiell möglich sei, was aber noch große Anstrengungen erfordere. Denn zum einen wird der Strombedarf durch die Elektrifizierung im Verkehr, in industriellen Prozessen oder im Gebäudebereich durch Wärmepumpen deutlich steigen. Zum anderen schwankt die Verfügbarkeit von erneuerbarer Energie, weil nicht immer die Sonne scheint oder der Wind weht.

Wie geht es beim Netzausbau voran? Zu schleppend. Damit der Strom aus Wind und Sonne überall verfügbar ist, braucht es starke Netze. So wird Windenergie vor allem im Norden und Osten erzeugt, die Industriezentren aber liegen im Süden und Westen. Dafür müssen die Übertragungsnetze ausgebaut werden. Man geht davon aus, dass rund 18.000 Kilometer an Netzen in den nächsten zwei Jahrzehnten verstärkt oder ausgebaut werden, um den Stromsektor klimaneutral zu machen. 2023 wurden 1380

Trassenkilometer genehmigt, 630 Kilometer gingen in den Bau. Das ist zwar ein deutlicher Zuwachs im Vergleich zu Vorjahren. Dennoch reicht es längst nicht aus, um das Ziel zu erreichen. Hinzu kommt: Der Netzausbau ist teuer, zumal die teure Erdverkabelung Vorrang hat. Über die Netzentgelte landen die Kosten bei den Stromkunden. Die Bundesregierung will die Netzentgelte stabil halten und prüft, ob sich die Kosten für den Netzausbau zeitlich strecken lassen. Ob all das gelingt, ist offen.

Wird der Gebäudebereich klimafreundlicher? Das Heizungsgesetz hat der Sache einen Bärendienst erwiesen. Denn das Gezerre um das Gebäudeenergiegesetz (GEG) und die anfangs vernachlässigte soziale Abfederung hat große Unsicherheit verursacht, mit dem Ergebnis, dass die Nachfrage nach Öl- und Gasheizungen zwischenzeitlich deutlich gestiegen ist. Inzwischen ist die GEG-Förderung für den Heizungsaustausch, die eine soziale Komponente enthält, angelaufen. Laut Wirtschaftsministerium sind bisher 57.000 Förderanträge bei der staatlichen KfW-Bank eingegangen. Der Bundesverband Wärmepumpe blickt „positiv in die Zukunft“, wie Geschäftsführer Martin Sabel sagt. Das Interesse an der Wärmepumpe sei nach wie vor sehr hoch: „Die drastisch sinkenden Absatzzahlen von Gasheizungen in den ersten fünf Monaten dieses Jahres zeigen deutlich, dass die Menschen rauswollen aus fossilen Technologien.“

Ist der Kohleausstieg erreichbar? Deutschland soll laut Koalitionsvertrag „idealerweise“ schon 2030 aus der Kohle raus. Doch dazu muss es genug Ersatzkraftwerke geben, die einspringen, wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht. Gerade hat sich die Ampel darauf verständigt, dafür 12,5 Gigawatt an Kapazität auszusprechen. Das ist mehr als die zehn Gigawatt, von denen zunächst die Rede war. Das sei ein Schritt in die richtige Richtung, sagte Nordrhein-Westfalens Wirtschafts-

INFO

Der teure Weg zur Klimaneutralität

Bis 2045 will Deutschland klimaneutral sein. Die Umstellung verlangt gewaltige Investitionen, für die meist Unternehmen und Verbraucher zahlen müssen. Einige Beispiele:

EEG-Umlage Sie wurde 2000 zur Förderung des Ökostroms eingeführt und gilt als Mutter aller Umlagen. Erst zahlten Stromkunden, nun der Steuerbürger. 2024 werden über 20 Milliarden Euro nötig sein.

CO₂-Preis Der Handel mit CO₂-Verschmutzungsrechten ist marktwirtschaftlich: Betriebe müssen dem Staat Rechte für den CO₂-Ausstoß abkaufen und geben die Kosten etwa an Stromkunden weiter. Über die Zeit wird die Zahl der Zertifikate reduziert, sie werden teurer. Deutschland nahm 2023 rund 18 Milliarden Euro ein, die in den Klimafonds flossen.

CO₂-Abgabe Inzwischen sind auch Verkehr und Gebäude einbezogen. Der feste Preis pro Tonne CO₂ verteuert Brennstoffe und soll zu Sparbarkeit oder etwa dem Umstieg auf E-Autos führen. Eigentlich wollte die Ampel die Einnahmen nutzen, um Bürger per „Klimageld“ zu entlasten. Daraus wurde nichts.



Kohlekraftwerke stoßen besonders viel Kohlendioxid aus. FOTO: DPA

ministerin Mona Neubaur (Grüne). Doch der leicht ausgeweitete Umfang von 12,5 Gigawatt wasserstofffähiger Kapazität werde weiter nicht reichen, „um die zukünftige Deckungslücke im deutschen Stromsystem komplett zu schließen“. Die Branche geht von einem Bedarf von 20 Gigawatt aus. Sonst ist der Kohleausstieg gefährdet.

Wie läuft es bei der E-Mobilität? Schlecht. Der Autoverkehr ist die größte Baustelle, er reißt seine Klimaziele und erzeugt mehr statt weniger CO₂. Doch anstatt das Problem anzugehen, hat die Ampel einfach die Sektorziele gekippt und ihr Versagen wegdefiniert. Das Angebot an Elektroautos wird zwar breiter und günstiger. Auch die Zahl der Ladepunkte ist um 40 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Doch der Staat hat 2023 die Kaufprämie für gewerbliche und private Kunden gestoppt, der Absatz brach ein und hat sich nicht erholt. Im Juni wurden 18 Prozent weniger E-Autos zugelassen als im Vorjahr, so das Kraftfahrt-Bundesamt. Elektroautos kommen auf einen überschaubaren Marktanteil von 14,6 Prozent. Der Verbrenner ist weiter gefragt.

Wie peinlich ist die Bahn? Die Deutsche Bahn machte sich während der Fußball-Europameisterschaft zum Gespött der Welt, die niederländische Mannschaft blieb ebenso stecken wie viele Fans. Nur noch jeder zweite Fernzug ist pünktlich. Ein Ende des Leidens ist nicht in Sicht: Am Tag nach dem Turnier begann die Bahn ein Sanierungsprogramm. Die wichtige Strecke zwischen Frankfurt und Mannheim ist nun monatelang gesperrt – es ist die erste von 41 Strecken, die bis 2031 modernisiert werden. Nun rächt sich, dass die Bahn über Jahre nicht genug investiert hat. Im Nahverkehr ist das 49-Euro-Ticket ein Erfolg (auch wenn die Bevölkerung auf dem Land kaum etwas davon hat). Es soll bleiben, der Preis droht aber 2025 auf mindestens 59 Euro zu steigen. Im Herbst wird entschieden.

WISSENSDRANG

Seit geraumer Zeit vollzieht sich in den westlichen Gesellschaften ein Wertewandel mit erheblichen Auswirkungen auf die Freiheitsspielräume. Er entspringt einem wachsenden Bewusstsein für die Verletzlichkeit des Menschen und dem Bedürfnis nach Schutz und Sicherheit. Man scheint inzwischen an ein Recht auf Sicherheit zu glauben und Freiheit als Freiheit von Angst zu verstehen. Das hat Folgen für die Freiheit im Sinne der Selbstverantwortung, denn wer sich verletztlich fühlt, ruft in der Regel nach neuen Gesetzen, die ihn vor anderen schützen sollen. Der englische Rechtswissenschaftler Peter Ramsay hat bereits 2012 auf einen damit einhergehenden Wandel im Verständnis von Rechten in England hingewiesen: Sie würden zunehmend

Mehr Schutz, weniger Freiheit

Neue Gesetze sollen besonders verletzbaren Personen helfen. Der Preis ist hoch.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

als Schutz für Verletzte verstanden und nicht mehr als Grundlage individueller Freiheit und Autonomie. Die Rechtswissenschaftlerin Frauke Rostalski von der Universität Köln wies darauf hin, dass dadurch auch in Deutschland die Macht des Staates wachse. Das habe Folgen für die Freiheit, weil die Bürger durch die staatliche Risikoversorge einen Teil ihrer Eigenverantwortung verlören. Die Befürworter neuer Gesetze argumentieren, es gehe keine Freiheit verloren. Sie werde nur zwischen Tätern und Opfern neu verteilt. So zielen die Neuerungen im Sexualstrafrecht darauf ab, die Handlungsspielräume von Frauen zu erweitern. Das kann leider notwendig sein. Wo aber neben dem unverzichtbaren Schutz vor Gewalt weitere Präventions- und Abwehr-

maßnahmen vom Staat übernommen werden, gehen immer auch Möglichkeiten und Fähigkeiten zum Selbstschutz oder zur eigenständigen Konfliktlösung verloren. Besonders deutlich wird dies im Bereich der „diskursiven Vulnerabilität“ (Rostalski), der Verwundbarkeit durch herabsetzende Äußerungen. Neuerdings müssen Journalisten, die sich über Regierungsmitglieder lustig machen, mit Strafprozessen rechnen. Rostalskis Fazit: „Aus freiheitlicher Sicht vollzieht die vulnerable Gesellschaft damit eine Selbstverzwergung.“

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Pflanzenbiologin Petra Bauer und der Biochemikerin Birgit Strodel ab.